

## **ANTRAG**

**der Fraktion der FDP**

### **Long Covid und ME/CFS – Nicht behandelt, allein gelassen und ins Abseits gestellt**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die gesamte Thematik Long Covid, Post Covid, Post-Vac und ME/CFS stellt ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen dar, das in der aktuellen Politik der Landesregierung noch zu wenig Aufmerksamkeit erfährt.
2. Die Betroffenen von Long Covid, Post-Covid, Post-Vac und ME/CFS werden in der Öffentlichkeit immer noch nicht ausreichend wahrgenommen. Es bedarf grundsätzlich mehr gesellschaftlicher Akzeptanz für deren erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen und eingeschränkten Lebensalltag.
3. Es ist aus gesundheitspolitischer Sicht essenziell, die Aufklärung über Behandlungsmethoden und die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Wissenschaft strukturell zu stärken.
4. Ein weitgehendes Ignorieren der Thematik in Verbindung mit fehlenden oder nur punktuell vorhandenen Behandlungsmethoden würde erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitskräfte-Problematik haben und langfristig volkswirtschaftlichen Schaden nach sich ziehen.
5. Im MV-Schutzfonds waren noch 875 Millionen Euro vorhanden, die für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie zur Verfügung standen. Diese hätten insbesondere auch für die Sicherung der Finanzierung des Long-Covid-Institutes in Rostock bereitgestellt werden können.

## II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. seriösen Initiativen, Vereinen und Verbänden, die sich der Aufklärung und Behandlung der Auswirkungen von Long Covid, Post-Covid, Post-Vac und ME/CFS verschrieben haben, zu unterstützen. Dies umfasst sowohl Beratungsangebote als auch ggf. finanzielle Unterstützung.
2. eine Langfrist-Strategie zum Umgang mit Schädigungen infolge von Corona-Erkrankungen bzw. -Impfungen zu entwickeln. Diese Strategie soll auf der Basis eines umfassenden Monitorings von Betroffenen in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet werden.
3. eine bessere Bündelung der Beratungsangebote und gezieltere Kommunikation, mehr Aufklärung über die Auswirkungen der Symptome, gerade auch bei Arbeitgebern und Krankenkassen, in Öffentlichkeit und Medien zu erwirken.
4. eine fundierte Qualifikation und Weiterbildung von Ärzten sicherzustellen. Dazu gehört eine umfassende Abstimmung mit den anderen Bundesländern, um Behandlungskapazitäten effizienter zu nutzen, insbesondere mit den Nachbarländern Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg.
5. die Kooperation mit anderen Landesregierungen, dem Bundesministerium für Gesundheit, Kliniken und Ärzten sowie Krankenkassen und Versicherern zu stärken, um Informationen zu bündeln und Behandlungsmethoden systematisch zu verbessern.
6. ein Modellprojekt zur praktischen Erleichterung des Alltags von Betroffenen von Long Covid, Post-Covid, Post-Vac und ME/CFS zu entwickeln.
7. die Finanzierung des Long-Covid-Institutes in Rostock unverzüglich wieder aufzunehmen und durch eine institutionelle Förderung seitens des Landes sicherzustellen.

### René Domke und Fraktion

#### **Begründung:**

Long Covid bezeichnet die gesundheitlichen Spät- oder Langzeitfolgen der Coronavirus-Krankheit. Post-Covid tritt ein, wenn Long-Covid-Beschwerden nach drei Monaten noch bestehen und mindestens zwei Monate lang anhalten oder wiederkehren. Die Bezeichnung Post-Vac wird im Zusammenhang mit lang andauernden und Long Covid ähnlichen Beschwerden nach einer Covid-Impfung verwendet. Die Myalgische Enzephalomyelitis (Chronisches Fatigue-Syndrom – ME/CFS) ist eine schwere neuroimmunologische Erkrankung, die oft zu einem hohen Grad körperlicher Behinderung führt und häufig im Zusammenhang mit einer Covid-Erkrankung auftritt.

Die Auswirkungen der o. g. Erkrankungen haben schwerwiegende gesundheitliche Folgen für die Betroffenen und führen häufig zu einer enormen Einschränkung des Lebensalltags und einer erheblichen Reduzierung der Lebensqualität. Die Erkrankungen treten in unterschiedlichen Schweregraden auf.

Ein weiteres Ignorieren der Auswirkungen der Erkrankungssymptome würde zu einer erheblichen Einschränkung bzw. dem Verlust von geleisteter Arbeit und somit langfristig zu einem erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden führen. Es ist daher von äußerstem Interesse des Bundes und der Länder, sich der Thematik anzunehmen und systematisch Behandlungs- und Therapiemethoden zu entwickeln.

Zahlreiche Initiativen, Vereine und Verbände haben sich der Aufklärung und Behandlung der Auswirkungen der Symptome verschrieben. Eine der bekanntesten ist die Initiative „NichtGenesen“, die in Mecklenburg-Vorpommern gegründet wurde und mittlerweile deutschlandweit aktiv ist (siehe <https://nichtgenesen.org>).

Entscheidend für die Behandlung der Symptome ist die konsequente Stärkung der Forschung in diesem Bereich. So wurde neben der Long-Covid-Ambulanz an dem Universitätsklinikum in Greifswald auch am Universitätsklinikum Jena bereits im Sommer 2020 ein Post-Covid-Zentrum eingerichtet. In Rostock wurde im Jahr 2022 das bundesweit einzige Long-Covid-Institut gegründet, das Patienten über den Umgang mit der Erkrankung und mögliche Behandlungen informieren sollte. Im März 2024 wurde bekannt, dass das Institut nach Auslaufen der Landesförderung geschlossen werden soll.

Die bestehenden Forschungseinrichtungen benötigen dringend eine landesseitige Unterstützung. So hätte die Landesregierung zusätzliche Mittel aus dem MV-Schutzfonds für die Finanzierung des Long-Covid-Institutes in Rostock verwenden können. Stattdessen wurden Mittel in Höhe von 875 Millionen Euro früher als geplant zurückgegeben, auch wenn sie für den sinnvollen Zweck der Schuldentilgung eingesetzt werden. Das Long-Covid-Institut war das einzige seiner Art in ganz Deutschland und hat wertvolle Pionierarbeit geleistet. Eine Nichtfortführung der Aktivitäten würde die Weiterentwicklung von Behandlungsmethoden und die Stärkung der wissenschaftlichen Aufklärung deutlich erschweren.